



Detailansicht des Registereintrags

Google Germany GmbH

Stand vom 27.10.2025 15:41:44 bis 11.12.2025 20:10:34

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R001794
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	27.10.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: ABC-Straße 19 20354 Hamburg Deutschland Telefonnummer: +4940808179000 E-Mail-Adressen: politik@google.com Webseiten: www.google.de about.google abc.xyz/investor/other/google-code-of-conduct about.google/supplier-code-of-conduct publicpolicy.google
Hauptstadtrepräsentanz:	Tucholskystraße 2 10117 Berlin Telefonnummer: +4930303986300 E-Mail-Adresse: politik@google.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1.190.001 bis 1.200.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,55

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Liana Sebastian**

Funktion: Director Global Trade Compliance

2. **Paul Manicle**

Funktion: Financial Director

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Sabine Frank**

2. **Anika Lampe**

3. **Jens Redmer**

4. **Michael Neuber**

5. **Lutz Mache**

6. **Thoralf Schwanitz**

7. **Amely Rechberg**

8. **Dr. Moritz Holzgraefe**

Mitgliedschaften (28):

1. Acatech Akademie der Technikwissenschaften e.V.
2. American Chamber of Commerce in Germany e.V.
3. Atlantik-Brücke e.V.
4. bitkom e.V.
5. Bundesverband Deutsche Startups e.V.
6. Bundesverband Digitale Wirtschaft e.V.
7. Deutschland sicher im Netz e.V.
8. eco Verband der deutschen Internetwirtschaft e.V.
9. Fördererkreis der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V.
10. fragFINN e.V.
11. Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V.
12. game Verband der deutschen Games Branche e.V.
13. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.

14. Handelsverband Deutschland e.V.
15. Institut für Europäisches Medienrecht e.V.
16. MINT Zukunft e.V.
17. Münchner Kreis e.V.
18. Prout at Work Foundation
19. Selbstregulierung Informationswirtschaft e.V.
20. Sicherheitsnetzwerk München e.V.
21. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
22. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
23. Wirtschaftscoalition Daten&Digitales (Netzwerk)
24. Collegium (Netzwerk)
25. Initiative D21 e.V.
26. Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.
27. The German Marshall Fund of the United States
28. Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (42):

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Menschenrechte; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Extremismusbekämpfung; Kriminalitätsbekämpfung; Terrorismusbekämpfung; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Kultur; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Urheberrecht; Werbung; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Politisches Leben, Parteien; Rechtspolitik; Zivilrecht; Verwaltungstransparenz/Open Government; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verteidigung"; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Mission von Google ist es, die Informationen dieser Welt zu organisieren und allgemein zugänglich und nutzbar zu machen. Im Austausch mit Regierungen und anderen Entscheidungsträgern setzen wir uns im Sinne dieser Mission ein, damit unser Unternehmen, unsere Kundinnen und Kunden, unsere Nutzerinnen und Nutzer und die Gesellschaft als Ganzes davon profitieren.

Zum Zweck der Interessenvertretung tritt Google mit einer Vielzahl von Vertreterinnen und

Vertretern im politisch-administrativen System Deutschlands in Kontakt, insbesondere mit Mitgliedern der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags, um über unterschiedliche Aspekte digitaler Innovation zu sprechen. Dabei stehen datenschutzrechtliche, wettbewerbs- und innovationspolitische, aber auch Fragen der Ressourcennutzung und standortpolitische Maßnahmen neben einer Vielzahl von weiteren Themen im Vordergrund der Diskussionen für Google. Zu diesem Zweck tritt Google nicht nur zur Verwirklichung von Einzelgesprächen mit dem Bundestag und Regierungsmitgliedern in Kontakt, sondern führt auch themenspezifische Veranstaltungen in der Hauptstadtrepräsentanz durch. Google macht über Veröffentlichungen im Internet (z.B. publicpolicy.google) auf seine eigenen Positionen transparent aufmerksam und trägt mit schriftlichen Stellungnahmen und Teilnahmen an Expertenanhörungen zur politischen Willensbildung bei.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Keine überbordenden Audit- und Reportingpflichten vor allem für kleinere Unternehmen im NIS2UmsG.

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll bei der Ausgestaltung des NIS2UmsuCG pragmatische Audit- und Reportingpflichten eachten. Fokus soll eher auf der Incentivierung von praktisch erhöhter Anwendung und Implementierung von Cybersecurity-Maßnahmen zur deutlichen Resilienzerhöhung liegen. Außerdem soll sichergestellt werden, dass Reportingpflichten nur einer Aufsichtsbehörde gegenüber einzuhalten sind um Bürokratie und Zuständigkeitenwirrwar zu vermeiden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 380/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2009 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Inklusive Regelungen und EUDI-Zertifizierungen für private Wallet-Anbieter ermöglichen.

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll gesetzlich vorsehen, dass die nach der eIDAS-Verordnung geforderte EUDI-Wallet für private Wallet-Anbieter zur Nutzung/Integration offen sein soll, sodass diese neben staatlichen Anbietern in der Lage sind, staatlich herausgegebene digitale Identitäten zu unterstützen und die Absicherungskriterien für diese Identitäten so zu gestalten, dass globale Sicherheitslösungen für die Speicherung von PID auf Endgeräten wie Android Keystore als zertifizierbare Lösungen akzeptiert und zertifiziert werden können.

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Keinen regulatorischen Eingriffe in den funktionierenden IP Interconnection Markt durch den Digital Networks Act

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll ihre bestehende Einschätzung, dass im IP Interconnection Markt kein Marktversagen vorherrscht und damit kein Grund für einen regulatorischen Eingriff im Rahmen des Digital Network Acts vorhanden ist, aufrecht erhalten.

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2406240296](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2406240297](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. SG2503310311 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. Keine Einführung von rechtsunsicheren und technisch nicht machbaren Herausgabepflichten für Diensteanbieter

Beschreibung:

Die Herausgabeanforderung von Nutzerdaten gegenüber Diensteanbietern muss rechtlich nicht nur grundrechtskonform, sondern auch tatsächlich machbar und technisch umsetzbar sein. Google verfolgt die Diskussion um die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung und etwaigen Alternativmodellen (Quick Freeze) und weist wenn nötig auf etwaige Umsetzungsschwierigkeiten und -möglichkeiten hin.

Betroffenes geltendes Recht:

TTDSG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503310321 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

5. Plädoyer für die Vereinfachung bestehender Digitalgesetze auf europäischer Ebene als für Einführung weiterer, im Zweifel überschneidender Regulierung.

Beschreibung:

Es ist an der Europäischen Kommission, Regulierung zu vereinfachen und zu harmonisieren, um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die digitale Wirtschaft zu fördern. Dies soll durch die Straffung bestehender digitaler Gesetze erreicht werden, um die Belastung

durch die Einhaltung von Vorschriften zu verringern und die Rechtssicherheit zu erhöhen. Google schlägt auch vor, Vereinfachungsprinzipien auf kommende Gesetzgebungen wie den Digital Fairness Act und den Digital Networks Act anzuwenden.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. [SG2406240298](#) (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2503100008](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [SG2503310295](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)
Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle
SG dorthin\]](#)

4. [SG2510270013](#) (PDF - 36 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [alle SG dorthin]

5. SG2510270015 (PDF - 22 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Wahrung des Herkunftslandprinzip bei der Bekämpfung digitaler Gewalt

Beschreibung:

Mit dem Digital Services Act (DSA, 2022/2066) wurde ein europaweit harmonisierter Rechtsrahmen für die Bekämpfung illegaler und schädlicher Inhalte geschaffen, den Google von Anfang an unterstützt hat. Mit der damit verbundenen erneuten Anerkennung des Herkunftslandprinzips soll die Bundesregierung bei ihren Überlegungen für ein Digitales Gewaltschutzgesetz an dieses erinnert werden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503310301 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Änderungen im Verordnungsentwurf zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zur Wahrung der Grundrechte

Beschreibung:

Google plädiert für eine gezielte Risikobewertung bei Diensten mit hohem Risiko für sexuellen Kindesmissbrauch, um Ressourcen effizient einzusetzen. Die freiwillige Aufdeckung von CSAM in interpersonellen Kommunikationsdiensten sollte ermöglicht und durch verbindliche Anordnungen bei unzureichender Risikominderung ergänzt werden.

Cloud-Dienste sollten nicht als Hosting-Dienstleister gelten, sondern unter "last resort removal orders" fallen. App-Store-Anbieter sind nicht für die Risikobewertung einzelner Apps verantwortlich, sollten aber den Zugriff von Kindern auf riskante Apps verhindern.

Betroffenes geltendes Recht:

TTDSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

8. Einsatz für einen europäischen Rechtsrahmen zur Altersverifikation in Online-Diensten

Beschreibung:

Wir appellieren an die Bundesregierung, sich für einen einheitlichen europäischen Rahmen für die Altersüberprüfung einzusetzen, um eine Fragmentierung des europäischen Binnenmarkts zu verhindern. Praktisch sollten damit 27 unterschiedliche technische Lösungen vermieden werden, die für Anbieter schwierig zu implementieren sind und bei den Nutzern Unsicherheit hervorrufen.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503310320 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Beibehaltung eines innovationsfreundlichen, ausgewogenen Ansatzes im Urheberrecht vor dem Hintergrund der Entwicklung von KI

Beschreibung:

Klare Regeln für die Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte sind für die weitere Entwicklung der KI von entscheidender Bedeutung. In Europa hat die Urheberrechtsrichtlinie von 2019 den Weg für Text- und Data-Mining geebnet und gleichzeitig den Urhebern die Möglichkeit gegeben, die Nutzung ihrer Inhalte für das KI-Training abzulehnen. Der AI Act bestätigt diesen Ansatz, führt aber auch neue Regeln für die Transparenz ein, die im Rahmen eines neuen Verhaltenskodex vereinbart werden sollen. Ein ausgewogener urheberrechtlicher Rahmen ist entscheidend für KI-Innovationen, die für alle Branchen relevant sein können, und sollte daher nicht leichtfertig geändert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

UrhDaG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Urheberrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406240295 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2503310319 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. Anpassung des EnEfG an die delegierte Verordnung, einen praxistauglichen PUE-Wert und eine Abwärmenutzung basierend auf einer Kosten-Nutzen-Bewertung

Beschreibung:

Beim EnEfG wurde der Umsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie vorweg gegriffen. Um den Standort Deutschland für eine Ansiedlung von Rechenzentren weiterhin nicht nur attraktiv, sondern realistisch beizubehalten, sollte das EnEfG realistische Werte für Energieeffizienz (PUE) einführen. Die Industrie setzt sich ebenfalls für die Nutzung von Abwärme ein, allerdings sollte diese auf einer Kosten-Nutzen Bewertung basieren anstelle einer pauschalen Verpflichtung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11852 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Effizienzmaßnahmen, zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes und zur Änderung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2503310306 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2503310318 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. Einsatz für innovationsfreundliche Implementierung des AI Acts mit zentralisierter Aufsichtsbehörde und effektiver Zusammenarbeit der Länder

Beschreibung:

Die Durchsetzung des AI Acts in Deutschland soll innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. Daher ist die Wahl der Aufsichtsbehörde wichtig, die erster Ansprechpartner von Unternehmen sein wird. Zudem ist eine Fragmentierung der Kompetenzen zwischen den Bundesländern zu vermeiden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503310317 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. Keine Revision der AVMD-RL, stattdessen Wirksamkeit der DSA und Implementation des EMFA abwarten

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll eine Revision der AVMD-RL ablehnen und vorab die Wirksamkeit des DSA abwarten und sich auf die Implementation des EMFA konzentrieren, um Koheränz sicherzustellen. Regulatorische Überschneidungen mit dem DSA sind in jedem Fall zu vermeiden. Unterschiede zwischen VSP ohne redaktionelle Plattformkontrolle und MSP

müssen gewahrt bleiben. Nationale Prominence-Regeln für VSP soll sie nicht unterstützen und das Herkunftslandprinzip als zentralen Pfeiler des Binnenmarktes verteidigen und vor Aushöhlung schützen.

Interessenbereiche:

Massenmedien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506090001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

13. Keine Einführung einer Abgabe für Online-Plattformen

Beschreibung:

Die Bundesregierung prüft die Einführung einer Abgabe für Online-Plattformen, die Medieninhalte nutzen. Diese Form der zusätzlichen Besteuerung würde massive Auswirkungen auf das internationale Steuer-System haben und die deutsche Wirtschaft zusätzlich belasten. Die Bundesregierung sollte von der Einführung einer solchen Abgabe absehen.

Interessenbereiche:

Werbung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507110021 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.06.2025 an:

Bundestag

Organe [alle SG dorthin]

14. Keine enge Definition von Digitaler Souveränität im Vergaberecht

Beschreibung:

Der Entwurf des Vergabebesleunigungsgesetzes zielt darauf ab, die öffentliche Beschaffung zu vereinfachen und zu digitalisieren. Allerdings weicht der Kabinettsentwurf vom Referentenentwurf ab, insbesondere durch die Erweiterung von § 128 Abs. 2 GWB um "Belange der Versorgungssicherheit oder der digitalen Souveränität". Diese Erweiterung birgt Risiken, da sie den Begriff der digitalen Souveränität einengt, die Rechtsunsicherheit erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit sowie Innovationen hemmen könnte. Zudem könnte sie unbeabsichtigte Widersprüche zu den noch nicht verfügbaren Cloud Platform Requirements schaffen. Die Erweiterung sollte ersatzlos gestrichen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2510230025 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2510230027 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2510270016 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Google-DE-Jahresabschluss-2023.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Lobbyregister-Google-Code-of-Conduct.pdf](#)